

Heinz-Egon Rösch

Politik mit dem Sport

Der Vierte Sportbericht der Bundesregierung

Seit der Antike stehen Politik und Sport in ihrer geschichtlichen Entwicklung in einer engen Wechselbeziehung. Der Athlet der Olympischen Spiele und der panhellenischen Spiele des Altertums war als Vertreter seiner Vaterstadt, der Polis, ein vom Volk und der Volksvertretung gefeierter Held, wenn er als Olympionike, als Olympiasieger, zurückkehrte. Dichter und Künstler rühmten ihn in Hymnen und Bildwerken (Oden des Pindar, Pheidias usw.). Er wurde mit vielen Ehren überschüttet, und es wurden ihm materielle Vergünstigungen eingeräumt, wie sie anderen freigeborenen Mitgliedern der Polis nie zuteil wurden. Der Kölner Sporthistoriker Manfred Lämmer berichtete in einem Vortrag vor der Thomas-Morus-Akademie in Bensberg über den antiken Olympiasieger:

„Es wird häufig übersehen, daß die Sieger in Olympia und bei anderen panhellenischen Spielen zwar auf dem Kampfplatz selbst nur einen Ehrenpreis in Form eines Kranzes erhielten. Doch in ihren Heimatstädten wurden sie mit Belohnungen und Privilegien überschüttet. So zahlte der athenische Staat seit dem Anfang des 6. Jh. v. Chr. einem Olympiasieger 500, einem Sieger bei den Isthmischen Spielen 100 Drachmen . . . In fast allen griechischen Städten hatten Sieger bei den panhellenischen Spielen das Recht, ihr ganzes Leben hindurch kostenlos im Prytaneion (Rathaus) der Stadt zu speisen . . . Die Sieger waren fast überall von Steuern und Liturgien, den hauptsächlichen Belastungen eines griechischen Bürgers, befreit. Sie besaßen besondere Rechte in politischen Gremien, bekleideten im Kriegsfall hohe militärische Ränge mit besonderem Anspruch auf Beute und nahmen Ehrenplätze bei Festen und Prozessionen ein.“¹

Olympiasiege waren keine Privatangelegenheit, sondern in der Regel eine Staatssache. Zu ähnlichen Ergebnissen im Verhältnis von Politik und Sport in der Antike kommen die subtilen Untersuchungen des Münchener Altphilologen Horst Buhmann, wenn er auf die von der Polis mitgetragenen Vorbereitungen der Olympiakämpfer und die damit verbundenen Gefährdungen und Probleme hinweist:

„Mit dem Ziel, bei den panhellenischen Spielen möglichst erfolgreich abzuschneiden, ließ man, zunächst nur in Sparta, seit der 2. Hälfte des 6. Jh. v. Chr. aber auch in den übrigen Staaten, bereits Jugendliche regelmäßig zu Wettkämpfern ausbilden und dabei (wohl seit dem Ende des 5. Jh. v. Chr.) sogar die Anwendung von Zwangsdiät und Zwangsanstrengungen zu; man merkte nicht oder übersah bewußt, daß dies, wie Aristot. polit. 8, 1338b feststellt, einen Raubbau am jugendlichen Organismus bedeute, weswegen es auch kaum olympische Knabensieger gebe, die später noch einmal in der Männerklasse gesiegt hätten.“²

Es ließen sich noch viele Beispiele zu dem Verhältnis von Politik und Sport in der Geschichte aufzeigen. Es sei nur erinnert an die Ritterturniere, die in einem politischen Zusammenhang standen, an die Verbindung von nationalstaatlicher Politik und deutschem Turnen in der zweiten Hälfte des 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert. Der Begründer des Turnens, Friedrich Ludwig Jahn, war alles andere als ein unpolitischer Mensch, der sich in den Befreiungskriegen und in der Frankfurter Nationalversammlung 1848 hervortat. Die Sportpolitik im Dritten Reich wie auch die der DDR ist in jüngster Zeit ein ausführliches Studienobjekt von Sporthistorikern und Sportsoziologen³.

Sportpolitik nach 1945

Nach dem vorübergehenden Verbot der turnerischen und sportlichen Aktivitäten nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Besatzungsmächte konnte sich erst allmählich der Sport in Deutschland konsolidieren. 1950 wurde in Hannover der Deutsche Sportbund (DSB) gegründet, mit ein Verdienst der geschickten Leitung von Prälat Ludwig Wolker, dessen Mitarbeit im DSB später von Willi Bokler und Paul Jakobi weitergeführt wurde. Der DSB entwickelte sich zum mitgliederstärksten Verband in der Bundesrepublik Deutschland (heute 16 Millionen Mitglieder), mit dem Verdienst einer ausgezeichneten, im guten Sinn „Sportpolitik“. An der Spitze des DSB steht heute ein Politiker vom „alten Schrot und Korn“, der langjährige ehemalige Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Willi Weyer. Der DSB, seine Landes- und Fachverbände, seine Verbände mit besonderer Aufgabenstellung (zu denen auch der 355 000 Mitglieder zählende DJK-Sportverband gehört), seine 45 000 Vereine, stellen in sich schon ein politisches Potential, ein politisches Gemeinschaftsgefüge überparteilicher Art von hohem Rang dar.

Sieht man einmal von den Sportarten wie Fußball, Handball, Schwimmen, Leichtathletik usw. ab und differenziert man den Sport in seine Schwerpunktbereiche wie Breitensport, Freizeitsport, Hochleistungssport, Spitzensport, Berufssport, Schulsport, Behindertensport usw., so wird deutlich, daß der Sport ein ausgesprochenes „Subsystem“ unserer Gesellschaft geworden ist, das alle Charakteristika unserer heutigen Gesellschaft trägt. An diesem Subsystem partizipiert in gleicher Weise die Politik, sei es Kommunal-, Landes- oder Bundespolitik.

Versucht man das *Verhältnis von Politik und Sport* ein wenig näher zu differenzieren, so ergeben sich zumindest drei Bereiche, die von Bedeutung sind⁴:

1. *Sportpolitik* im Sinn einer Weiterentwicklung und Förderung des Sports auf allen Ebenen. In diese Kategorie fallen die Aktivitäten des Deutschen Sportbunds und seiner Organe.

2. *Politik und Sport* mit den Mitteln der Politik und der (demokratischen) Parteien, teils bewußt als Prestige-Politik betrieben (international, national, zum Nutzen der Partei), teils im Sinn der Weiterentwicklung und Förderung des Sports für das Individual- und Gesamtwohl. Die Parteiprogramme von SPD, CDU, CSU, FDP zum Sport zeigen in ihren Grundzügen deutlich diese Merkmale. Sie sind in ihren Aussagen nahezu identisch⁵.

3. *Politische Ideologiebildung im Sport*, zumeist theoretischer Art, bringen vorwiegend (zumeist einseitige) gesellschaftspolitische Absichten zum Ausdruck. Sie zeigte sich besonders stark in der Diskussion um die „Leistung im Sport“ (ab 1969), aber auch in kommunistischen und sozialistischen Sportauffassungen, die von Parteiideologien bestimmt werden⁶.

Die beiden erstgenannten Bereiche „Sportpolitik“ und „Politik und Sport“ sind auch maßgebend für das Verhältnis von Gemeindepolitik, Landespolitik und Bundespolitik zum Sport.

Der Vierte Sportbericht der Bundesregierung

Als Bundestagsdrucksache 8/2033 erschien am 3. August 1978 der „Vierte Sportbericht der Bundesregierung“. Vergleicht man diesen Bericht mit dem am 22. Januar 1976 erschienen „Dritten Sportbericht der Bundesregierung“ (Drucksache 7/4609), so fällt sofort die neue Aufmachung des Berichts in Buchformat auf gegenüber der losen Amtsblatt-Veröffentlichung des dritten Berichts. Die Titelseite ziert der deutsche Bahn-Vierer der Radamateure, der bei den Olympischen Spielen 1976 in Montreal Olympiasieger wurde. Im Inneren des 176 Seiten starken Berichtsbands, der vom Referat Öffentlichkeitsarbeit des Bundesinnenministeriums herausgegeben wurde, sind ganzseitige Fotos von Olympiasiegern, Weltmeister- und Europameisterschaftsersten wie Guido Kratschmer, Annegret Richter, Brigitte Holzapfel, Hans-Günter Winkler, Eberhard Gienger und anderen als „Aushängeschilder der Nation“ zu sehen.

Seit vielen Jahren gilt die Abmachung, daß die Förderung des Hochleistungssports, die Errichtung und der Ausbau von Bundesleistungszentren, die Anstellung und Bezahlung der immer zahlreicher werdenden Bundestrainer, die Unterhaltung des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, die Verwaltungskosten des Deutschen Sportbunds und bestimmte nationale und internationale Sportangelegenheiten vom Bund finanziert und betreut werden. Hingegen werden im Rahmen der Kulturhoheit der Länder der Vereins- und Schulsport, der Breiten- und Freizeitsport und der Sportstättenbau (mit Ausnahme der Bundesleistungszentren) von den Ländern gefördert, so von den Sozial- und Kultusministerien. Die Städte und Gemeinden beteiligen sich zum Beispiel beim Sportstättenbau nach Maßgabe ihrer Steueraufkommen. Diese Aufteilung der einzelnen „Sportkompetenzen“ hat sich im allgemeinen bewährt.

Die Autonomie des Sports wird von den Politikern bei jeder sich bietenden Gelegenheit beteuert, so auch im Vorwort zum Vierten Sportbericht durch den Minister des Inneren, Gerhart Rudolf Baum, als dem zuständigen Minister:

„Die Bundesregierung läßt sich in ihrer Sportpolitik vom Grundsatz der Autonomie und der Selbstverwaltung des Sports leiten. Sport ist grundsätzlich Sache der sporttreibenden Bürger und ihrer Organisationen. Der Staat kann nur dort entscheidend und helfend eingreifen, wo die Kräfte der Selbstorganisation nicht ausreichen. Eine derart verstandene Sportförderung erfordert eine partnerschaftliche Zusammenarbeit von Staat und Sport. Für Dirigismus und staatliche Reglementierung ist hier kein Raum. Die Bundesregierung fördert den Sport mit beachtlichen finanziellen Mitteln. Ihr Ziel ist es, die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für den Sport so zu gestalten, daß unsere Sportler bestmöglichst gefördert werden und auch in internationalen Wettkämpfen bestehen können.“⁷

Auf der anderen Seite legen der Deutsche Sportbund und sein Präsident Willi Weyer entschiedenen Wert auf Unabhängigkeit und Selbstverwaltung des deutschen Sports. Für Staat und Sport gilt das Subsidiaritätsprinzip, das vom Bund gewährleistet wird:

„Der Bund gewährt den zentralen Sportorganisationen finanzielle Zuwendungen für die sportlichen und organisatorischen Maßnahmen, die im Bundesinteresse liegen. Er leistet diese Hilfe jedoch nur, wenn und soweit die eigenen Kräfte und Mittel der Sportorganisationen nicht ausreichen. Nach diesem Grundsatz der Subsidiarität ist staatliche Sportförderung Hilfe zur Selbsthilfe.“⁸

Das „partnerschaftliche Zusammenwirken“ von Politik und Sport, hier Bundesregierung und dort Deutscher Sportbund, ist daher Prinzip der Kooperation:

„Partnerschaft ist Ausdruck der Autonomie des Sports. Sie ist Voraussetzung für eine effektvolle Sportförderung, denn nur mit- und aufeinander abgestimmte Aktivitäten von Sport und Staat gewährleisten den Erfolg . . . Die Aufgaben der Bundesregierung erschöpfen sich nicht in der bloßen Mittelbereitstellung. Die Bundesregierung sieht vielmehr einen Schwerpunkt ihrer partnerschaftlichen Funktion darin, die Pläne und Vorstellungen des Sports ‚flankierend‘ zu unterstützen sowie Anregungen und Impulse zu geben. Ziel aller Bemühungen der Bundesregierung ist es, ein Klima zu schaffen, das dem Sport in unserem Lande günstig ist und seine optimale Entfaltung ermöglicht.“⁹

Im Bericht werden nun alle Förderungsmaßnahmen des Bundes in den Jahren 1976–1978 angeführt. Dabei ist von Bedeutung, daß nicht nur das Bundesministerium des Inneren den bundesrepublikanischen Sport fördert; noch neun weitere Bundesministerien beteiligen sich an den Förderungsmaßnahmen. Zu den Aufgaben des Innenministeriums gehören unter anderen: die Förderung des Deutschen Sportbunds (DSB), des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK), der Leistungssportmaßnahmen der Bundessportfachverbände, die Sportinternate, Talentsuche und Talentförderung, soziale Betreuung der Hochleistungssportler, sportmedizinische Maßnahmen zugunsten der Hochleistungssportler, Förderung der Behindertensportverbände, Förderung des Sportstättenbaus, Förderung der Sportwissenschaft und des Bundesinstituts für

Sportwissenschaft, die innerdeutschen Sportbeziehungen, die Sportförderung in den Entwicklungsländern, die Deutsche Sportkonferenz, die internationalen Konferenzen im Rahmen der UNESCO und die Europäische Sportkonferenz. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung beschäftigt sich u. a. mit dem Behindertensport, dem Sport im Arbeitsleben und mit der Betreuung ausländischer Arbeitnehmer. Das Verteidigungsministerium sorgt für den Sport in der Bundeswehr. Im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit steht die Förderung der Deutschen Sportjugend und anderer zentraler Jugendverbände obenan und es kümmert sich um den „Plein-air-Sport“ und um die Förderung von Sport und Spiel für ältere Menschen. Im Verkehrsministerium wird der Wasser-, Luft- und Motorsport verwaltet und das Postministerium kümmert sich um seine Postsportvereine. Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen sorgt sich um die immer noch unzureichenden innerdeutschen Sportbegegnungen (laut Kalender, der mit den DDR-Sportbehörden abgestimmt werden muß, etwa 70 Begegnungen pro Jahr) und es fördert Sportmaßnahmen in Berlin. Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft bemüht sich um die Förderung des Sports im Kindergarten-, Schul- und Hochschulbereich und widmet sich dem Spiel und Sport für behinderte und sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche. Das Bundesfinanzministerium beschäftigt sich mit Steuervergünstigungen für Sportverbände und -vereine, behandelt die Übungsleiter-Frage und zögert die Spendenbescheinigungskompetenzen hinaus. Schließlich erläutert auch das Entwicklungsministerium seine Vorstellungen zur Förderung des Sports in der „Dritten Welt“.

Man kann eine Fülle von Kompetenzen und Inhalten der Sportförderung in den einzelnen Bundesministerien feststellen. Sie führen mitunter zu Überschneidungen und verstärken ungewollt den bürokratischen Apparat in der Sportmittelverwaltung. Der Ruf nach einem einheitlichen „Bundessportministerium“ ist daher schon des öfteren laut geworden, um die Angelegenheiten stärker zu konzentrieren, etwa nach dem Vorbild Frankreichs, der UdSSR und anderer Länder, die einen eigenen Sportminister haben. Man ist sich im Deutschen Sportbund und im deutschen Sport wie auch in der Bundesregierung einig, daß eine derartige Zentralisierung des Sports nicht nur ein weiteres Politikum bedeutet, sondern auch die bisherige Autonomie des Sports gefährdet.

Die finanzielle Förderung aus Bundesmitteln hat sich im Zeitraum von zehn Jahren beispielsweise im Haushalt des Bundesinnenministeriums nahezu vervierfacht. In den letzten drei Jahren betragen die Mittelzuwendungen der zehn Bundesministerien: 1976: 228,222 Millionen DM (Olympia-Jahr!), 1977: 200,953 Millionen DM und 1978: 228,790 Millionen DM. Für 1979 und 1980 (wieder ein Olympia-Jahr) dürften sie weiter steigen.

Der „Anhang“ des Vierten Sportberichts der Bundesregierung enthält eine Reihe von interessanten Dokumenten, die im einzelnen eine eingehende Würdi-

gung und Kritik verdienten. Diese Dokumente können im Rahmen dieses Beitrags nur genannt werden. Selbst in der Aufzählung machen sie die Vielfalt der Aufgaben und Probleme im Sport deutlich (in Auswahl): Leistungssportprogramm der Bundesregierung; Grundsätze für die Planung, Errichtung, Benutzung, Unterhaltung und Verwaltung von Bundesleistungszentren; Zweites Schwerpunktprogramm der sportwissenschaftlichen Forschung des Bundesinstituts für Sportwissenschaft; Resolutionen der II. Europäischen Sportministerkonferenz vom 4. bis 7. April 1978 in London (Resolution über „Sport in der Gesellschaft“, über die künftige europäische Zusammenarbeit, über ethische und humane Probleme im Sport).

Kritik aus politischer Sicht

Landesregierungen haben darauf hingewiesen, daß der Bundesbericht die Kooperation und die Leistungen der Länder nahezu ausklammert. Auch wenn es sich um einen Bundesbericht handle, müßten landespolitische und kommunale Förderungsmaßnahmen koordinierend erwähnt werden, denn immerhin geben die Länder auf dem Sektor Sport (einschließlich Sportlehrer-Gehälter) jährlich 2 Milliarden DM aus, die Städte und Gemeinden in ihren Haushalten jährlich sogar 3 Milliarden, also insgesamt 5 Milliarden DM (!), wohingegen die knapp eine Viertel Milliarde DM des Bundes nur ein kleiner Betrag sei. So meldete in einer ersten Stellungnahme der rheinland-pfälzische Minister für Soziales, Gesundheit und Sport, Dr. Georg Gölder, Kritik am Vierten Sportbericht an:

„Er bedauere, daß die Leistungen der Länder und Gemeinden insbesondere auf dem Gebiet der Förderung des Schul- und Breitensports nicht ausreichend dargestellt worden seien . . . daß die Bundesregierung zur Frage, ob und wieweit sie den Wünschen der Turn- und Sportvereine nach weiterer steuerlicher Besserstellung Rechnung tragen wolle, keine Stellung genommen habe. Eine Verringerung der Abgaben könne den Vereinen wirksamer helfen und das ehrenamtliche Element stärker unterstützen, als dies staatliche Zuschüsse bewirkten.“¹⁰

Aus dem Vierten Sportbericht wie auch aus der Stellungnahme von Minister Gölder wird deutlich, wie sehr es im politischen Tauziehen um die Gunst der Sportler und die Forderungen des Sports auf Profilierung ankommt.

Fragwürdige Projektförderung

Zu den neuen Projekten, die gefördert werden, gehört der weitere Ausbau der Autorennstrecke „Nürburgring“, der immerhin die stolze Summe von 93 Millionen DM (nach Angabe der „Rheinzeitung“, Koblenz, vom 11. 4. 1979) verschlingen wird und damit das größte Einzelprojekt einer Förderung dar-

stellen dürfte. Zudem sind seit 1970 mehr als 20 Millionen DM bereits in Baumaßnahmen am Nürburgring geflossen. Erstaunlich an dem ganzen Förderungsprojekt ist dabei die Tatsache, daß eine gemeinsame Förderung durchgeführt wird, an der sich der Bund und das Land Rheinland-Pfalz je zur Hälfte beteiligen. Alle im rheinland-pfälzischen Landtag vertretenen Parteien CDU, SPD, FDP haben das Projekt gebilligt (es war kurz vor den Landtagswahlen!). Als Begründung der Förderung des Projekts Nürburgring wurden weniger sportliche als infrastrukturelle, wirtschaftliche Gesichtspunkte geltend gemacht.

Nun ist gegen eine solche Begründung kaum etwas einzuwenden. Es fragt sich aber, ob tatsächlich durch die etwa fünfzehn Motorsportveranstaltungen auf dem Nürburgring, die jährlich stattfinden, viele neue Arbeitsplätze und eine Belebung des Fremdenverkehrs zu erhoffen sind, zumal eine exakte Entwicklungsprognose aussteht. Diese Gelder hätten beispielsweise für die Anstellung von dringend benötigten Sportlehrern an Berufsschulen besser verwendet werden können oder zur weiteren Förderung von Baumaßnahmen auf dem Gebiet des Sportstättenbaues, der Schaffung von Spielplätzen und Freizeitsportanlagen, oder zum Ausbau des dringend benötigten Radwegnetzes in den Städten, Gemeinden und auf dem Land. Sehr bedenklich ist generell die Förderung des Motorsports, speziell des Autorennsports, durch staatliche Mittel – einer Sportart, die am wenigsten mit Bewegung, Spiel und Sport zu tun hat, die als ausgesprochen ungesund und umweltfeindlich gilt. Diese, zusammen mit dem Boxsport, neuerdings als „Brutalsportart“ bezeichnete Sportart zeigt eher negative als positive Auswirkungen auf die Bevölkerung im Nachahmungsverhalten vorwiegend jugendlicher Menschen. Des weiteren gilt es zu bedenken, daß der Motorsport fast vollständig kommerzialisiert ist (Autofirmen und Autozubehör, Erdölgesellschaften konkurrieren miteinander, Werbung und Reklame auf Rennwagen, Anzügen, Fahrerhelmen und an der Rennstrecke), so daß eher die beteiligten Firmen als Bund und Länder zur Finanzierung solcher Projekte dieses ausgesprochenen Berufssports schreiten müßten. Die Entwicklung im Motorsport wird ohnehin dazu führen, daß in etlichen Jahren der erfolgte Ausbau überholt sein wird.

Andere Projekte, die gefördert werden, betreffen Sportarten, die in der Klasse der Hochleistungs- und Spitzensportler heute bereits ausgesprochenen professionellen Charakter haben und sehr stark von kommerziellen Interessen und geschäftstüchtigen Managern gesteuert werden. Es handelt sich dabei vor allem um die Wintersportarten wie Ski alpin, Eishockey, Eiskunstlauf, um Fußball, Boxsport und Reiten. Die „Amateure“ in diesen Sportarten benutzen die Gelegenheit eines Weltmeisterschafts- oder Olympiasiegs, um in das Profilager überzuwechseln. Dabei ist nichts gegen den Berufssport zu sagen – er gilt wie jeder Beruf; es ist jedoch fraglich, ob er indirekt mit Steuergeldern gefördert werden soll. Gleiches gilt auch für die Subventionierung oder gar Schulden-

erlasse von Profiklubs – vorwiegend im Fußball –, wenn Stadtparlamente aus kommunalpolitischen Erwägungen nur zu gern bereit sind, dem angestammten Stadtverein die Schulden zu erlassen, die oft mehrere Millionen DM betragen.

Vernachlässigung humaner, ethischer und sozialer Bereiche des Sports

Die Förderung des Sports durch den Bund, aber auch durch die Länder, ist vorwiegend materiell-finanzieller Art, was durchaus zu begrüßen ist. Sozial oder gar human und ethisch ist sie nur indirekt, insofern sie für die Existenzsicherung von Sportfunktionären, Trainern und Hochleistungssportlern eintritt, wenn diese in gesundheitliche oder soziale Nöte geraten. Sicherlich wird auch für die gesundheitlich-medizinische Betreuung gesorgt durch sportärztliche Untersuchungen. Sogar auf den Sektor der in ethische Bereiche führenden Doping-Probleme wird Bezug genommen durch den Ausbau des Doping-Kontrollsystems. Das alles ist aber noch relativ wenig, gemessen an dem Gesamtvolumen des Haushalts für die Sportförderung.

Was speziell auf diesen Gebieten in Zukunft noch stärker im Interesse der Förderung des Sports durch Bund und Länder zu berücksichtigen ist, könnte etwa folgende Bereiche erfassen:

1. Weiterer Ausbau der sportärztlichen und sportpsychologischen Beratung, Betreuung und Untersuchung nicht nur von Hochleistungssportlern, sondern auch von sporttreibenden Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, vornehmlich älterer Menschen.

2. Weiterer Ausbau des Doping-Kontrollsystems (eine Analyseeinrichtung und ein Doping-Beauftragter sind zu wenig) und der prophylaktischen Betreuung von Hochleistungssportlern bei der Verwendung von Anabolika und technischen Leistungs„hilfen“, gemäß der Erklärung des Deutschen Sportbunds zum Spitzensport 1978.

3. Intensivere Planung und Bau von menschen-, umwelts-, bedürfnis- und behindertengerechten Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen für alle Altersgruppen (wie das Beispiel Modellspielplätze Rheinland-Pfalz von 1976–1978 zeigt¹¹).

4. Unterstützung von Projekten, die auf eine umweltfreundlichere sportliche Betätigung im Interesse eines ganzheitlichen Wohlbefindens von Personen und Gruppen hinauslaufen. Dazu zählen Radwegbau, Gewässerschutz vor Verschmutzung, Förderung der sog. Natursportarten, die nicht wettkampfbezogen sind, wie Radfahren, Klettern, Rudern, Schwimmen, Skiwandern. Bessere Planung und Erschließung von – auch fremdenverkehrsmäßig nutzbaren – Gebieten, in denen landschaftsbezogener Sport durchgeführt werden kann, der der Gesamtbevölkerung zugute kommt.

5. Die Förderungsmaßnahmen für den Sport in der Dritten Welt bedürfen

einer Akzentuierung. Bisher wurden in diesem Zusammenhang vorwiegend Bereiche gefördert, die zu sehr einem „industriegesellschaftlichen Sport-Export“ gleichkamen, also Errichtung von Sportstätten europäisch-amerikanischer Prägung für entsprechende Leistungssportarten wie Leichtathletik, Gerätturnen und Ballspiele. Bei der Förderung des Sports in der Dritten Welt müßten vielmehr die sozio-kulturellen und ethnologischen funktionellen Gegebenheiten der Bevölkerung Berücksichtigung finden, um diese zu erforschen und sie im Sinn einer ihnen entsprechenden humanen und sozialen Weiterentwicklung – auch umgekehrt für Bevölkerung von Industrieländern – dienstbar zu machen¹². Besonders der Schulsport in den Entwicklungsländern harßt einer gründlichen Förderung.

Trotz der hier vorgetragenen notwendigen Kritik kann der Vierte Sportbericht der Bundesregierung alles in allem als ein recht positiver Aufweis der zahlreichen Aktivitäten und der Durchführung von Projekten gewertet werden. Das gilt einmal für das partnerschaftliche Zusammenwirken mit den Sportgremien und der Subsidiarität in der Dienstfunktion (Dienstleistung) für den Sport und die sich sportlich betätigenden Menschen. Zum anderen handelt es sich um einen umfassenden Katalog von Aufgaben und Forschungsmaßnahmen, die einen repräsentativen Charakter haben und sich im internationalen Vergleich sehen lassen können. Nicht umsonst gelten diese Maßnahmen der Bundesrepublik in der ganzen Welt als ein einzigartiges Modell der Sportförderung.

ANMERKUNGEN

¹ M. Lämmer, Zur ideologischen Krise der Olympischen Spiele aus historischer Sicht, in: Bensberger Manuskripte Nr. 4 (Thomas Morus Akademie Bensberg 1976) 6. – 500 Silberdrachmen entsprachen etwa 1000 Tageslöhnen eines Handwerkers, also drei Jahren Arbeitslohn/Arbeitszeit.

² H. Buhmann, Der Sieg in Olympia und in den anderen panhellenischen Spielen (München 1972) 48.

³ H. Bernett, Sportpolitik im Dritten Reich (Schorndorf 1971); G. Friese, Anspruch und Wirklichkeit des Sports im Nationalsozialismus (Ahrensburg 1974); H. J. Kramer, Körpererziehung und Sportunterricht in der DDR (Schorndorf 1969); A. Krüger, Sport und Politik (Hannover 1975); ders., Die Olympischen Spiele 1936 und die Weltmeinung (Berlin 1972); S. Moosburger, Ideologie und Leibeserziehung im 19. und 20. Jahrhundert (Ahrensburg 1972).

⁴ Demnächst ausführlicher in: H.-E. Rösch, Politik und Sport in Geschichte und Gegenwart (Ploetz-Taschenbücher zum Zeitgeschehen, Freiburg 1980).

⁵ W. Weichert, Sportpolitik und Sportcurriculum (Schorndorf 1976).

⁶ Dazu: Einführung in die Sportwissenschaft, hrsg. v. H.-E. Rösch (Darmstadt 1978) 65 ff.

⁷ Vierter Sportbericht der Bundesregierung (Stuttgart 1978).

⁸ Ebd. 13. ⁹ Ebd.

¹⁰ Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport Rheinland-Pfalz, Presseerklärung vom 19. 2. 1979.

¹¹ Spielplatzbericht Rheinland-Pfalz, vorgelegt vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport (Mainz 1978).

¹² Sport und Kulturwandel. Materialien zum internationalen Kulturaustausch (Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart 1978).